

Neue Zürcher Zeitung

Moskau und Ankara

W. J. Ein englisches Blatt hat kürzlich die Nachricht verbreitet, daß Sowjetrußland an der kaukasischen Grenze bedeutende Truppenmassen zusammengezogen habe und die türkische Regierung durch einen gewissen Druck dazu zu bringen suche, das strategisch wichtige Gebiet von Kars, das vor dem Weltkrieg zum russischen Reich gehörte, wieder abzutreten. Eine ähnliche Meldung ist schon vor vierzehn Tagen von Moskau ins Reich der Fabel verwiesen worden; tatsächlich ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Sowjets zu derartigen Gewaltmethoden gegenüber der Türkei greifen. Daß derartige Nachrichten überhaupt in die Welt gesetzt werden, beweist freilich, wie sehr der europäischen öffentlichen Meinung das russisch-türkische Verhältnis nach dem ergebnislosen Besuch des türkischen Außenministers Saracoglu in Moskau und nach dem Abschluß des Beistandspakts zwischen der Türkei und den Westmächten gestört erscheint. An diesem Eindruck konnten auch die Freundschaftsbeteuerungen nichts ändern, die zwischen Russen und Türken bei seiner Abreise gewechselt worden sind.

Ueber die Verhandlungen in Moskau selbst weiß man nun allerdings bis zum heutigen Tag so wenig, und die Haltung, die der Kreml dem Pakt von Ankara gegenüber eingenommen hat, ist so zweideutig, daß man nur mit Vorsicht über die Veränderung in den russisch-türkischen Beziehungen urteilen darf. Die Erklärungen, die Molotow im Obersten Sowjet abgeben wird, werden den wahren Charakter der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Ankara vermutlich auch nicht besser beleuchten. Vorläufig liegt nur die noch etwas vage Mitteilung des türkischen Ministerpräsidenten Ismet Inönü vor, die Sowjetregierung habe Forderungen hinsichtlich der Meerengen erhoben, die mit den Beschlüssen der Konferenz von Montreux und mit den Verpflichtungen, die Ankara den Westmächten gegenüber einhalten müsse, nicht in Einklang zu bringen gewesen seien. Ob diese russischen Forderungen von Anfang an erhoben worden sind oder dem türkischen Außenminister über raschenweise erst vorgelegt wurden, als der Abschluß eines russisch-türkischen Paktes (dessen Zweck und Ziel unbekannt geblieben sind) in die Nähe gerückt zu sein schien, bleibt ebenfalls ungewiß. Zum Pakt von Ankara hat die „Zwestija“ dann nur noch kühl bemerkt, er berühre russische Interessen nicht unmittelbar, werde aber schließlich der Sache des Friedens dienen.

Der unbefangene Beobachter kann sich zunächst des Gefühls nicht erwehren, daß es der Sowjetregierung nicht geglättet ist, die Türkei zu ihrem Standpunkt zu befehlen, daß der Expansion, die Rußland auf dem Balkan vorgeschwebt haben mag, durch die Weigerung der Türkei, die Meerengen für die Schiffe der Westmächte zu schließen, Halt geboten worden ist, und daß Moskau jetzt seinen Ärger hinter einer betonten Gleichgültigkeit zu verstecken sucht. Die Argumentation der „Zwestija“, daß die türkische Diplomatie im Auftrag der großen Demokratien gearbeitet habe, ist vielleicht nicht einmal unberechtigt; nur ist es natürlich ein Unterschied, ob Saracoglu Rußland in einen Krieg gegen Deutschland verwickeln wollte, wie der Moskauer Offiziosus behauptet, oder ob sein Ziel war, die Sowjetunion von Deutschland zu trennen und auf eine echte Neutralität zu verpflichten. Eherlicher wäre es aber natürlich, wenn die Sowjets zugeben wollten, daß

sie an der Sperre der Meerengen interessiert waren, weil das Problem Bessarabien noch nicht gelöst ist, und weil der Tag kommen kann, an dem Rußland Rumänien genau so unter Druck setzen würde, wie es das jetzt Finnland gegenüber tut. Moskau hat doch offenbar den britisch-französischen Beistand für Rumänien zu unterbinden gesucht, und die Minensperre, die jetzt um den Kriegshafen Sewastopol gelegt worden ist, beweist, daß der Pakt von Ankara, der die Durchfahrt ins Schwarze Meer für die britisch-französische Kriegsslotte freiläßt, russische Interessen sehr empfindlich berührt. Daß unter diesen Umständen zum mindesten eine schwere Verstimmung zwischen Moskau und Ankara entstanden ist, scheint keinem Zweifel Raum zu lassen. Die Antwort, die Molotow den lebenswürdigen Abschiedsworten Saracoglus hat zuteil werden lassen, ist denn auch viel trostloser ausgefallen, als der fast beschwörende Appell des türkischen Außenministers, den Frieden zwischen beiden Mächten nicht aufs Spiel zu setzen.

Trotz diesen kaum strittigen Tatbeständen herrscht nun bei den Westmächten, im besondern in England, aber auch bei einem Teil der russischen Emigration die Ueberzeugung vor, daß die Abkühlung der russisch-türkischen Beziehungen nur eine scheinbare ist, daß die Sowjets mit ihren Forderungen und Drohungen gegenüber der Türkei nur ein listiges Spiel getrieben haben, das Deutschland auf eine falsche Fährte locken sollte, daß in Wahrheit aber zwischen der russischen und der türkischen Politik vollste Uebereinstimmung herrsche. Es wird versichert, daß Moskau nur Deutschland zuliebe Saracoglu neue Forderungen hinsichtlich der Schließung der Meerengen zugestellt habe, daß es aber im Grunde nicht unglücklich darüber sei, daß Ankara darauf nicht einging.

Es mag natürlich sein, daß die Sowjetregierung auch Deutschland zuliebe einen Druck auf die Türkei ausgeübt hat und unter diesem Gesichtswinkel die türkische Widerstandskraft gar nicht ungern sieht. Daß die Sowjets Rumänien Deutschland nicht ausliefern wollen, haben sie gezeigt, als sie beim Zusammenbruch Polens ihre Truppen um die rumänische Grenze aufmarschieren ließen und sie von Deutschland abriegelten. Aber damit ist natürlich nicht gesagt, daß Rußland nicht eigene weitgehende Ansprüche gegenüber Rumänien hat verwirklichen wollen, und daß es in dieser Hinsicht heute gezwungen ist, einen Rückzug anzutreten. Wir können uns daher nicht mit der Ansicht befremden, daß der vielbeachtete Artikel der „Zwestija“, der so unwirsch über den Pakt von Ankara urteilt und andererseits das Scheitern der Moskauer Verhandlungen mit der festen Absicht des Kreml motiviert, sich nicht in einen Krieg gegen Deutschland hineinziehen zu lassen, eine bloße Tarnung darstellt. Gleichviel, wie weit Moskau an seine eigene Motivierung glaubt oder wieviel es von den Forderungen, die es an die Türkei gerichtet hat, heute unterschlägt, es hat sich doch offenbar von seiner früheren antideutschen Politik so weit entfernt, daß es die Freundschaft der Türkei zu den Westmächten schon als eine Bedrohung seiner „Neutralität“ empfindet und es in dem türkischen Widerstand eine Beeinträchtigung seiner eigenen Sicherungsbestrebungen zu erkennen meint. Es will nicht so weit gehen, die türkische Freundschaft preiszugeben, aber es wird die Schlappe, die es sich zugezogen hat, auch wohl nicht vergessen und vielleicht doch einmal zu vergelten suchen.

steriums, in der es heißt, die Indiskretion Molotows schaffe eine völlig neue Situation. Bisher waren die Verhandlungen vertraulicher Art, heißt es wörtlich, „und Finnland hat selbständig und vorurteilslos ohne unter dem Einfluß irgendeiner fremden Macht zu stehen, eine Lösung zu finden versucht, so schwer das auch war mit Rücksicht auf die finnische Neutralitätspolitik. Hierbei hat Finnland versucht, die russischen Bestrebungen zur Stärkung der Sicherheit Leningrads zu beachten, ohne jedoch Finnlands eigene Sicherheit zu gefährden.“

Man ist geneigt, in dem russischen Ueber-raschungsmanöver ein Glied im finnisch-russischen Nervenzug zu erblicken. Ein konservatives Blatt schreibt: „Wir können auf keine Neuordnung eingehen, die auf Kosten unserer eigenen Sicherheit und Integrität erfolgen könnte. Unsere Politik hat keine Wahl. Ihr Standpunkt ist einfach und klar.“

Der erste Eindruck in London

London, 1. Nov. (United Press) In Londoner politischen Kreisen bringt man die scharfen Wendungen Molotows gegen England mit der im deutsch-russischen Abkommen enthaltenen Vereinbarung in Zusammenhang, nach der die beiden Mächte Konsultationen durchzuführen würden, wenn die Westmächte nicht zum Frieden bereit sein sollten. Aus der Rede gehe jedoch nicht hervor, daß Rußland die Absicht habe, Deutschland konkret zu unterstützen. Weiter wurde erklärt, daß die Unterstreichung der russischen Neutralität wahrscheinlich in Berlin enttäuschen werde, nachdem dort verschiedentlich erklärt worden sei, daß die Rede einen Wendepunkt zugunsten der Westmächte darstellen werde. Bisher habe die Gegenleistung Rußlands für die durch Deutschland ermöglichten großen Gewinne nur in Worten bestanden.

Japan und England

Peking, 31. Okt. ag (Reuter) Wie von gut-unterrichteter chinesischer Seite mitgeteilt wird, haben die japanischen Behörden Weisung zur Einstellung der englandfeindlichen

Das Verhältnis zur Türkei

Molotov sprach dann über die gegenwärtigen Beziehungen der Sowjetunion zur Türkei. Die ursprüngliche Absicht der Sowjetunion in den letzten Verhandlungen mit der Türkei habe darin bestanden, einen auf das Schwarze Meer und auf die Meerengen begrenzten Beistandspakt abzuschließen. Da die Sowjetunion entsprechend ihrer Freundschaftspolitik gegenüber dem Deutschen Reich in keinem Fall auch nur die Möglichkeit eines Konflikt mit der Türkei zulassen wolle, habe sie der Türkei vorgeschlagen, die Meerengen für die Kriegsschiffe aller Staaten, mit Ausnahme der Uferstaaten des Schwarzen Meeres, zu sperren. Die Türkei habe jedoch angeblich auf Grund einer bereits gegenüber den Westmächten übernommenen Verpflichtung diese Vorschläge abgelehnt. Dennoch habe der Meinungsaustausch mit der Türkei viel beigetragen zur Klärung der beiderseitigen politischen Standpunkte. Die Türkei habe freilich dadurch, daß sie die Bindung ihres Schicksals an die Kriegspolitik der Westmächte einer Neutralitätspolitik vorgezogen habe, einen ernstlichen Entschluß auf sich genommen. Es werde sich noch zeigen, ob die Türkei diesen Schritt später zu bedauern habe. Die Sowjetregierung werde jedenfalls sorgfältig die Ereignisse in dieser Gefahrenzone weiter beobachten und werde insbesondere in Bereich des Schwarzen Meeres eine Politik verfolgen, die ihren Interessen und den Interessen der ihr bestimmden Völker entspreche.

preis. Die Morgenblätter enthalten eine Mitteilung des Außenministeriums, in der es heißt, die Indiskretion Molotows schaffe eine völlig neue Situation. Bisher waren die Verhandlungen vertraulicher Art, heißt es wörtlich, „und Finnland hat selbständig und vorurteilslos ohne unter dem Einfluß irgendeiner fremden Macht zu stehen, eine Lösung zu finden versucht, so schwer das auch war mit Rücksicht auf die finnische Neutralitätspolitik. Hierbei hat Finnland versucht, die russischen Bestrebungen zur Stärkung der Sicherheit Leningrads zu beachten, ohne jedoch Finnlands eigene Sicherheit zu gefährden.“

Man ist geneigt, in dem russischen Ueber-raschungsmanöver ein Glied im finnisch-russischen Nervenzug zu erblicken. Ein konservatives Blatt schreibt: „Wir können auf keine Neuordnung eingehen, die auf Kosten unserer eigenen Sicherheit und Integrität erfolgen könnte. Unsere Politik hat keine Wahl. Ihr Standpunkt ist einfach und klar.“

Die Walliser Ständeräte

Sitten, 1. Nov. ag Die beiden Walliser Vertreter im Ständerat, Gédéon und Barman, die beide der Katholik-konservativen Partei angehören, sind in einer kampflosen Wahl mit 6656 und 6505 Stimmen wiedergewählt worden.

Aus dem Gerichtssaal

Urteil im Basler Schnapsbanscherprozeß
Basel, 31. Okt. -n. Nach all den vielen Kontroversen seit dem letzten Oktober hatte man sich den ersten Prozeß gegen die verurteilten „Schnapsfälscher“ anders vorgestellt. Es war nicht bestritten, daß die Angeklagten beträchtliche Mengen von Brantwein verschiedener Sorten — vor allem Kirchwasser — mit Feinsprit, wie er bei der Alkoholverwaltung zu beziehen ist, vermischt haben, was an sich erlaubt ist; aber sie haben ihn als „echt“ verkauft, statt als „Verschnitt“, obwohl er teilweise recht hochprozentig vertrieben war, oder aber als „Verschnitt“, wenn auch bis 80 Prozent Spirit darin war, während bei über 50 Prozent die Bezeichnung „gewöhnlicher Brantwein“ verlangt wird.

Die in den Jahren 1936 bis 1938 also widerrechtlich verhandelten 123 000 Liter Spirituosen verteilen sich verschieden auf die Firmen der Angeklagten. Außerdem waren diese in verschiedener sozialer Stellung, und ihre unterschiedliche Finanzkraft wurde in den von 50 bis 2000 Fr. gestaffelten Bußen berücksichtigt. Auf eine Gefängnisstrafe und auf die Verfügung einer Publikation des Urteils wurde verzichtet, weil das Strafgericht fand, es habe sich um die Folgen eines erbitterten und erschwerten Konkurrenzkampfes und nicht einer eigentlichen Gewinnsucht gehandelt. Die Angeklagten sind durchwegs für kleinere bis kleinste Firmen verantwortlich, die durch eine jahrelange, aus verschiedenen Quellen stammende Preisbaße zu ihren Handlungen

Schweizerischer Wahltag

Ergebnis im Kanton Freiburg

31. Okt. ag Bei den Nationalwahlen im Kanton Freiburg erhielten nach den bis jetzt ermittelten Ergebnissen die Parteien folgende Stimmen: Konservative Partei 118 007, Agrarpartei 23 904, Freisinnig-demokratische Partei 51 204.

Von den sieben Mandaten erhält die Konservative Volkspartei fünf und die Freisinnig-demokratische Partei zwei wie bisher. Sämtliche fünf Kandidaten der katholischen Liste sind gewählt. Die Inhaber der freisinnigen Liste sind noch nicht ermittelt.

Die Walliser Ständeräte

Sitten, 1. Nov. ag Die beiden Walliser Vertreter im Ständerat, Gédéon und Barman, die beide der Katholik-konservativen Partei angehören, sind in einer kampflosen Wahl mit 6656 und 6505 Stimmen wiedergewählt worden.

Aus dem Gerichtssaal

Urteil im Basler Schnapsbanscherprozeß
Basel, 31. Okt. -n. Nach all den vielen Kontroversen seit dem letzten Oktober hatte man sich den ersten Prozeß gegen die verurteilten „Schnapsfälscher“ anders vorgestellt. Es war nicht bestritten, daß die Angeklagten beträchtliche Mengen von Brantwein verschiedener Sorten — vor allem Kirchwasser — mit Feinsprit, wie er bei der Alkoholverwaltung zu beziehen ist, vermischt haben, was an sich erlaubt ist; aber sie haben ihn als „echt“ verkauft, statt als „Verschnitt“, obwohl er teilweise recht hochprozentig vertrieben war, oder aber als „Verschnitt“, wenn auch bis 80 Prozent Spirit darin war, während bei über 50 Prozent die Bezeichnung „gewöhnlicher Brantwein“ verlangt wird.

Die in den Jahren 1936 bis 1938 also widerrechtlich verhandelten 123 000 Liter Spirituosen verteilen sich verschieden auf die Firmen der Angeklagten. Außerdem waren diese in verschiedener sozialer Stellung, und ihre unterschiedliche Finanzkraft wurde in den von 50 bis 2000 Fr. gestaffelten Bußen berücksichtigt. Auf eine Gefängnisstrafe und auf die Verfügung einer Publikation des Urteils wurde verzichtet, weil das Strafgericht fand, es habe sich um die Folgen eines erbitterten und erschwerten Konkurrenzkampfes und nicht einer eigentlichen Gewinnsucht gehandelt. Die Angeklagten sind durchwegs für kleinere bis kleinste Firmen verantwortlich, die durch eine jahrelange, aus verschiedenen Quellen stammende Preisbaße zu ihren Handlungen

Verheißene Beziehungen mit Japan
Jüngst auf das Verhältnis zu Japan glaudt Molotov eine höhere Bewertung der japanischen Beziehungen feststellen zu können. Er sagt, Japan sei nach der Bildung eines gemischten

1936
SCHWEIZERISCHE
LANDESAUSSTELLUNG
IN ZÜRICH